

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

16. WP - 2. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. Mai 2005, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Tobias Koch (CDU)

i. V. von Frauke Tengler

Ursula Sassen (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

i. V. von Peter Eichstädt

Jutta Schümann (SPD)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heiner Garg (FDP)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung von Minister Uwe Döring und Staatssekretär Peter Nissen Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa	4
2. Bericht der Landesregierung über die aktuelle Situation der Jugendauf- bauerke (JAW) in Schleswig-Holstein	6
Antrag der Abgeordneten des SSW Umdruck 16/26	
3. Vorstellung von Staatssekretär Dr. Hellmut Körner Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren	8
4. Maßregelvollzug in Schleswig-Holstein	9
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/19 Nr. 1, 2 und 3b	
5. Tag der Initiativen 2005	10
6. Terminplanung für 2005	11
Umdruck 16/14	
7. Verschiedenes	12

Die Vorsitzende, Abg. Tenor-Alschuasky, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Vorstellung von Minister Uwe Döring und Staatssekretär Peter Nissen
Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa**

M Uwe Döring und St Peter Nissen stellen ihren bisherigen persönlichen und beruflichen Werdegang dar.

Im Folgenden geht M Döring insbesondere auf die Strukturierung des Ministeriums ein und bekräftigt seine Absicht, in der Europaabteilung eine Art Frühwarnsystem aufzubauen.

Sowohl Abg. Dr. Garg als auch Abg. Baasch begrüßen die gewählte Kombination für das Ministerium, insbesondere die Kombination Arbeit und Europa, die eine enge Zusammenarbeit auf diesen beiden Bereichen ermögliche.

M Döring antwortet auf Fragen aus dem Ausschuss wie folgt:

- Eine Organisation wie die Bundesagentur für Arbeit könne in dieser Größenordnung nicht zentral geführt werden. Er halte es für notwendig, Zielvorgaben vorzugeben und dezentrale Ressourcenverantwortung zu installieren. Sein Bestreben sei, vorhandene Kreativität auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern freizusetzen. Vorrangiges Ziel sei, vom Verwalten hin zum Vermitteln in Arbeit zu kommen.
- Er habe seine Vorstellungen bei der Bundesagentur für Arbeit vorgetragen. Dabei habe er auch mitgeteilt, dass sich Schleswig-Holstein mit einer überschaubaren Zahl von Beschäftigten als eine Art Modellregion eigne, um unterhalb von bundesweiten Änderungen Versuche durchführen zu können.
- Der zweite Arbeitsmarkt sei vorhanden und müsse auch erhalten bleiben. Es werde nach wie vor Förderungen im zweiten Arbeitsmarkt geben. Vorrang habe allerdings, Menschen so weit zu bringen, dass sie auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeit fänden. Er könne sich bei-

spielsweise vorstellen, Programme zu entwickeln, die auf einer Potenzialanalyse von Jugendlichen aufbauen.

- Europapolitik sei für ihn zunächst einmal alles das, was in Brüssel stattfindet und von ihm wahrgenommen werde. Die Europaabteilung in seinem Ministerium solle in eine „Dienstleistungsabteilung“ umstrukturiert werden. Hinweise auf mögliche gesetzliche Änderungen und Fördermöglichkeiten sollten an die betroffenen Ressorts weitergeleitet werden, um möglichst schnell reagieren zu können. Auch das Hanse-Office solle zu einer stärker operativ wirkenden Einrichtung umgebaut werden. Die konkrete Umsetzung der Europapolitik sei Sache der Fachressorts.
- Bezüglich der optierenden Kreise wolle er sich noch vor der Sommerpause sachkundig machen und dem Ausschuss entsprechend berichten.
- Die Arbeitskreise würden auch in Zukunft durchgeführt werden. Hierüber sollten den Abgeordneten Informationen zugeleitet werden.

Im Übrigen unterstreicht er die Aussage von Abg. Baasch, dass soziale Fragen mehr in den Bereich Europa hineinkommen sollten. Da es keine Europäische Soziale Union gebe, sei zu fragen, inwieweit man in diesem Bereich regulieren oder deregulieren könne.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht der Landesregierung über die aktuelle Situation der Jugendaufbauwerke (JAW) in Schleswig-Holstein

Antrag der Abgeordneten des SSW
Umdruck 16/26

M Döring macht deutlich, dass es bei den Jugendaufbauwerken zu Umstrukturierungen hin zu Gebilden ohne kommunale Beteiligung kommen müsse. Die privatrechtliche Rechtsform in kommunaler Trägerschaft scheine nicht zu funktionieren. Er empfehle den Kommunen, sich entweder ganz herauszuziehen oder sich zumindest nur mit einer Minderheit zu beteiligen. Die Landesregierung sei gern bereit, entsprechende Beratungen durchzuführen und Hilfestellungen dazu zu leisten, wie eine Umstrukturierung sinnvoll erfolgen könne.

Die zentralen Ausschreibungen berücksichtigten nicht die Besonderheiten im Land. Sinnvoll könne ein JAW nämlich nur dann arbeiten, wenn es entsprechende Netzwerke gebe und gut ausgebildetes Personal vorhanden sei. Dies seien Kostenfaktoren. Deshalb dürfe im Rahmen der Auftragsvergabe nicht nur das Kriterium „billigster Anbieter“ ausschlaggebend sein, sondern das Kriterium „günstigster Anbieter“, das weitere Faktoren, wie beispielsweise tatsächliche Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt, bisher erfolgreiche Arbeit sowie Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, berücksichtige.

Abg. Dr. Garg macht auf die spezifische Situation der JAW in Schleswig-Holstein im Bundesgebiet aufmerksam.

Abg. Baasch vertritt die Auffassung, dass die JAWs außerordentlich flexibel seien und hervorragende Arbeit leisteten. Außerdem stellt er Fragen nach einer freihändigen Vergabe durch die ARGEs.

Nach den Worten von Abg. Heinold vergäben ARGEs aus finanziellen Gründen nicht mehr an JAWs. Es scheine so zu sein, dass es bei den JAWs zu Einzelfalllösungen kommen müsse. Des Weiteren stellt sie konkrete Nachfragen zu der Situation des JAW in Schleswig.

Abg. Harms fragt nach der Situation in den optierenden Kreisen. Außerdem möchte er wissen, ob die Möglichkeit bestehe, beispielsweise im Rahmen eines Budgets eine dezentrale Vergabe durchzuführen.

M Döring führt aus, dass der Kreis Segeberg bisher keinen Kontakt zum Ministerium gesucht habe. Im Übrigen bekräftigt er, dass er im Prinzip eine Ausschreibung für richtig halte. Wichtig sei ein echter Wettbewerb bei vergleichbaren Standards. Eine freihändige Vergabe sei keine Lösung. Der Frage, ob ARGEs freihändig vergeben könnten, müsse er nachgehen. Wenn dem so sei, stelle dies aber sicherlich lediglich eine Übergangslösung dar. Auch den Fragen des Abg. Harms wolle er nachgehen.

Abg. Heinold appelliert an den Minister, in Gesprächen mit der Bundesagentur für Arbeit Einfluss darauf zu nehmen, dass Ausschreibungen so erfolgten, dass Jugendaufbauwerke eine Chance hätten.

Abg. Dr. Garg regt an, sich im Sozialausschuss mit der Frage der Ausschreibung sozialer Dienstleistungen zubeschäftigen.

Auf eine Frage der Abg. Heinold versichert M Döring erneut, dass das Ministerium bereit sei, in Gesprächen Beratungshilfe für JAWs - auch für das JAW in Segeberg - zu geben.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Vorstellung von Staatssekretär Dr. Hellmut Körner
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren**

St Dr. Körner stellt seinen persönlichen und beruflichen Werdegang vor. Er wendet sich sodann den politischen Schwerpunkten in dieser Legislaturperiode zu und nennt die Behindertenpolitik, die Gesundheitspolitik sowie die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, insbesondere die Umsetzung bundesrechtlicher Vorgaben in Landesrecht.

Auf eine Frage des Abg Geerds berichtet St Dr. Körner, dass die Umstrukturierung im Ministerium am 1. Juni abgeschlossen sein solle.

Abg. Dr. Garg hält das Thema Pflegeinfrastruktur für ein wichtiges zentrales Thema in dieser Legislaturperiode. - Dies bestätigt St Dr. Körner. Er verweist diesbezüglich auf die Koalitionsvereinbarung und die darin genannten Schwerpunkte.

Abg. Dr. Garg bittet um genauere Informationen darüber, welche Arbeitsinstrumente - beispielsweise Generationenbilanzen - dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden solle. St Dr. Körner sagt zu, diese Frage schriftlich zu beantworten.

Nach den Worten von Abg. Baasch werde durch die Tatsache, dass in der Bezeichnung des Ministeriums auch das Wort „Senioren“ enthalten sei, deutlich, dass dieser Bereich einen Schwerpunkt der Arbeit der Landesregierung bilden werde. Auch er halte den Bereich Pflege für einen der Schwerpunkte der Zukunft. Hier müssten Überlegungen hinsichtlich Finanzierung angestellt werden. Auch der Bereich Menschen mit Behinderungen sei im Koalitionsvertrag angesprochen und werde von der Landesregierung aufgegriffen werden. Daneben bildeten gesetzliche Vorgaben auf Bundesebene Schwerpunkte, wie beispielsweise die Gesundheitsreform und die Rentenreform.

St Dr. Körner versichert, dass die Ministerin - wie in der Vergangenheit - den Bereich Pflege intensiv bearbeiten werde. Auch hier - wie in vielen anderen Bereichen auch - spiele die bundesweite Diskussion hinein.

Punkt 4 der Tagesordnung

Maßregelvollzug in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/19 Nr. 1, 2 und 3b

(überwiesen am 27. April 2005 an den **Sozialausschuss**, den Innen- und
Rechtsausschuss und den Finanzausschuss)

Der Ausschuss verständigt sich einstimmig darauf, den Antrag zurückzustellen, bis ein Bericht der Landesregierung und das Urteil des OLG in dieser Angelegenheit vorliegt.

Abg. Dr. Garg empfiehlt, sich über die Käuferin der psychiatrium GRUPPE zu informieren.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Tag der Initiativen 2005

Der Ausschuss verständigt sich darauf, einen Tag der Initiativen durchzuführen. Er strebt an, dies wieder gemeinsam mit dem Sparkassen- und Giroverband zu tun, als Termin im Frühjahr 2006.

Abg. Baasch regt an, den früheren Vorsitzenden des Sozialausschusses, Herrn Andreas Beran, in die Jury zu berufen. - Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Terminplanung für 2005

Umdruck 16/14

Der Ausschuss verständigt sich auf den aus Umdruck 16/14 (neu) ersichtlichen Terminplan für 2005.

Zu Punkt 7, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Die Vorsitzende, Abg. Tenor-Alschausky, schließt die Sitzung um 15:35 Uhr.

gez. Siegrid Tenor-Alschausky

Vorsitzende

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin